

# LKA BW Wirtschaftskriminalität

JAHRESBERICHT 2016



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT



---

VERMÖGENS- UND FÄLSCHUNGSDELIKTE – HÖHERER SCHADEN BEI GERINGEREN FALLZAHLEN.

---

FALSCHGELDSICHERSTELLUNGEN BLEIBEN AUF HOHEM NIVEAU.

---

WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT – RÜCKGANG DER FALLZAHLEN BEI HOHER SCHADENSSUMME.

---

	2015	2016	
<b>VERMÖGENS-/FÄLSCHUNGSDELIKTE</b>			
FÄLLE	123.978	111.667	↘
SCHADEN IN EURO	393.267.633	409.442.655	↗
<b>WIRTSCHAFTSDELIKTE</b>			
FÄLLE	10.495	7.880	↘
SCHADEN IN EURO	532.040.924	469.000.292	↘
<b>UMWELTKRIMINALITÄT</b>			
FÄLLE	3.613	3.083	↘

# INHALT

<b>1</b>	<b>AUS DER STATISTIK</b>	<b>5</b>
	Wer den Schaden hat...	5
	Kriminalitätsaufkommen im Land	8
	Umweltkriminalität	9
<b>2</b>	<b>EINBLICKE IN DELIKTSBEREICHE</b>	<b>10</b>
	Rip-Deal	10
	Falsche Polizeibeamte nach wie vor aktiv	12
	Fake-Shops haben Konjunktur	13
	Ceo Fraud oder auch Fake President	14
	Falschgeld: Mehr 50-Euro-Falschnoten	15
	Euro-Falsifikate Stücklung	16
<b>3</b>	<b>FÄLLE IM FOKUS</b>	<b>17</b>
	Straftaten gegen Urheberrecht: Raubkopien und Bootlegs	17
	Anlagebetrüger ergaunerte 10,3 Millionen Euro	18
	Marktmanipulation durch Scalping: gezielte Bewerbung durch Call-Center	19
	Dönerspieße: nicht verkehrsfähig	20
	Die Rückkehr des Heiligen Johannes nach 37 Jahren	21
<b>4</b>	<b>IMPRESSUM</b>	<b>22</b>
	Ansprechpartner	22

## 1 AUS DER STATISTIK

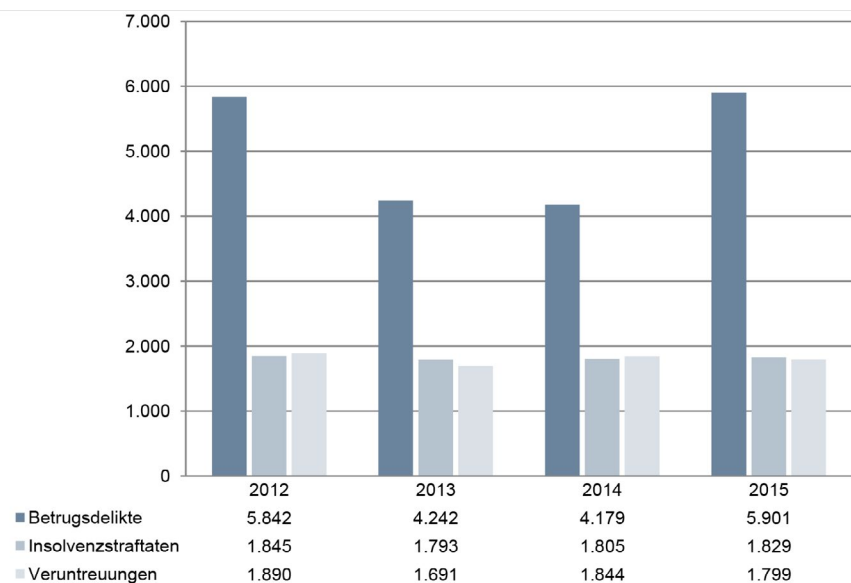
### WER DEN SCHADEN HAT...

Die Vermögens- und Fälschungskriminalität ist zwar zurückgegangen, dennoch liegt dieses Deliktsfeld in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) an zweiter Stelle, gleich hinter den Diebstahlsdelikten. Demgegenüber steht die Wirtschaftskriminalität mit einem Anteil von nur 1,3 Prozent am gesamten Straftatenaufkommen etwas im Hintergrund. In ein anderes Licht rücken Wirtschaftsstraftaten aber, wenn man den Fokus auf den Vermögensschaden richtet, den die kriminellen Handlungen nach sich ziehen. Im Jahr 2016 verursachte Wirtschaftskriminalität 55,3 Prozent des gesamten Vermögensschadens aller Straftaten in Baden-Württemberg. Das war auch in den vergangenen zehn Jahren so. In diesem Zeitraum lag der Anteil der Wirtschaftsstraftaten im Schnitt bei 2 Prozent – der Anteil am gesamten Vermögensschaden

bei fast 60 Prozent. Das sind jährlich mehrere hundert Millionen Euro – also keine Peanuts!

Im Jahr 2016 schloss die Polizei in Baden-Württemberg insgesamt 7.880 Fälle der Wirtschaftskriminalität ab. Das sind deutlich weniger als noch im Jahr 2015 (-24,9 Prozent). Verursacht wurde diese Entwicklung durch den Rückgang der Betrugsdelikte. Dieser Trend setzt sich beim Fallzahlenaufkommen der Insolvenzstrafen und bei Veruntreuungen fort.

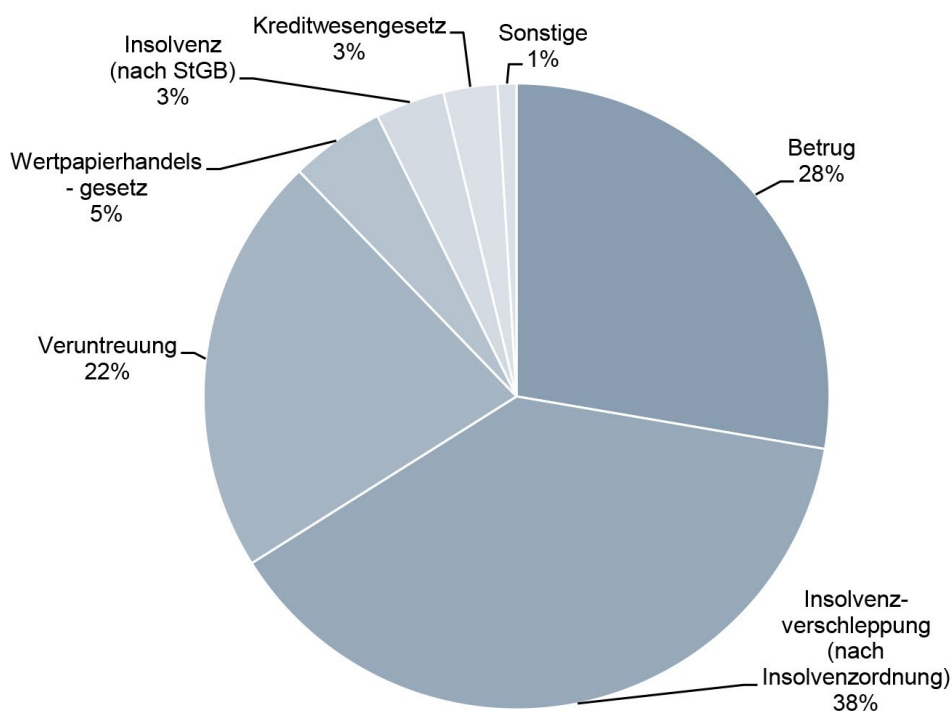
Als hauptsächliche Ursache dürfte sich hier die derzeit äußerst solide gesamtwirtschaftliche Entwicklung auswirken. Die wesentlichen Deliktsbereiche im Bereich der Wirtschaftskriminalität haben sich in den letzten fünf Jahren folgendermaßen entwickelt:



Der Vermögensschaden sank um 11,9 Prozent auf immer noch über 469 Millionen Euro. In sieben Einzelfällen wurden Vermögensschäden in zweistelligem Millionenbereich verursacht. Ein Fall mit einem Schaden von über 43 Millionen Euro stach besonders hervor. Der beschuldigte Rechtsanwalt und Hauptaktionär eines Unternehmens im Bereich

Vermögensverwaltung hat das Aktienvermögen eines Aktionärs ohne Treuhandvertrag und ohne dessen Zustimmung an eine Firma übertragen, bei der er selbst als Treuhänder fungierte – typische Wirtschaftskriminalität. Allein dieses eine Verfahren führte zu einer Verdoppelung des Vermögensschadens in der PKS im Bereich der Untreuedelikte.

## VERMÖGENSSCHADEN WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT IN EINZELNEN DELIKTSBEREICHEN



Vermögensschäden in Millionenhöhe beeinträchtigen das Wirtschaftsleben und gefährden Firmen erheblich. Es sind aber nicht nur Millionenverluste, die Existenzen bedrohen. Auch Vermögensverluste von mehreren zehntausend Euro reichen manchmal schon aus, um Menschen den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Oftmals geht es dabei schon ans Eingemachte, denn die Meisten verfügen über keine Kapitalreserven wie manches Großunternehmen. Wir bewegen uns hier

im Feld der Betrugsstraftaten außerhalb der Wirtschaftskriminalität. Es trifft nicht nur Senioren, die der seit Jahren bekannten Masche des sogenannten Einzeltrickbetrugs zum Opfer fallen, wie zum Beispiel eine ältere Dame, welche der Geldabholerin, einer angeblichen Notarin, ihr Barvermögen im Wert von 84.000 Euro übergab.

Auch Jüngere sind betroffen. So profitiert der klassische Heiratsbetrüger von der zunehmenden Verlagerung der Partnersuche ins Internet. In einem Fall nahm eine Frau über Skype einen Freundschaftsantrag eines angeblichen Chirurgen an, der angab, in einem Flüchtlingslager in Syrien zu arbeiten und auf einem Konto in Ghana einen Geldbetrag von 1,5 Millionen US-Dollar zu haben, an den er nicht herankomme. Mit wiederholten Liebes- und Heiratsversprechen brachte er sie dazu, auf derselben Bank in Ghana ein Konto zu eröffnen und insgesamt 37.000 Euro zu überweisen.

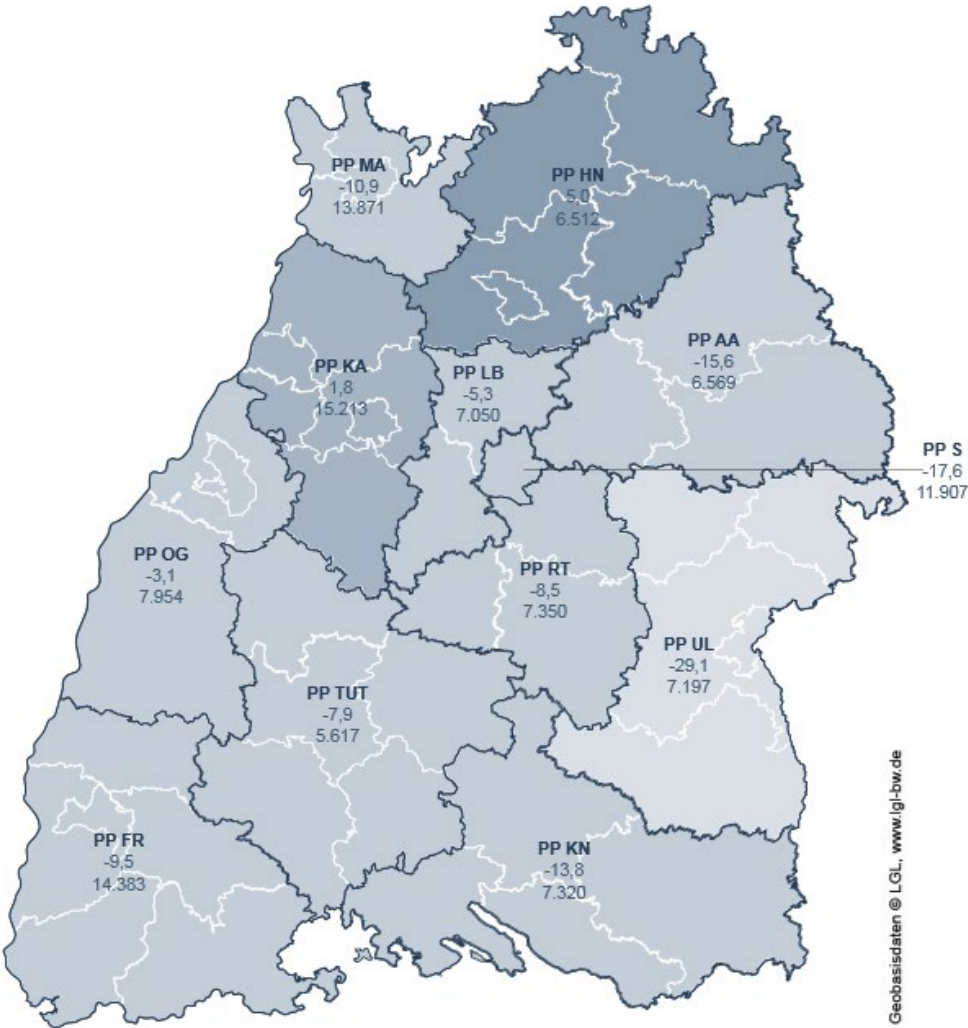
Bei einer anderen Betrugsmasche wird das spätere Opfer in der Öffentlichkeit angesprochen. Es sind zwar nur wenige Fälle polizeilich bekannt, nichtsdestotrotz werden häufig Bürger mit Migrationshintergrund mit diesem Tatphänomen konfrontiert. Ein oder zwei Betrüger, meist aus dem osteuropäischen Raum, verwickeln Passanten in ein Gespräch, um herauszufinden, ob sie Bargeld in einer größeren Menge zu Hause deponieren. Die Betrüger outen sich als Heiler von Krankheiten aller Art bis hin zur Heilung verfluchter Menschen. Die Opfer werden dazu gebracht, ihr Bargeld von zu Hause zu holen. Das Geld wird dann vor Ort in ein Tuch gewickelt, gesegnet und dem Opfer übergeben, mit der Weisung, das Bündel erst ein in paar Tagen zu öffnen. Zu Hause gibt es dann die böse Überraschung, denn das Geld wurde gegen Papierschnipsel oder ähnliches ausgetauscht.

Die Täter kennen hier kein Pardon – sie schlagen erst zu, wenn sich der Aufwand auch finanziell lohnt. In 2016 verloren auf diese Weise drei Frauen Bargeld im fünfstelligen Bereich. Die Tatorte lagen im Raum Karlsruhe (13.000 Euro), im Raum Offenburg (25.500 Euro) und im Raum Göppingen (27.500 Euro).

Eine andere Art von Trickbetrug, der einzelne Opfer hart treffen kann, ist der sogenannte Rip-Deal. So wie der Fall, bei welchem die Inhaberin eines Cafés im Südbadischen ihre Immobilie im Südkurier zum Kauf angeboten hatte. Mit einem angeblichen Kaufinteressenten aus London traf sie sich in Rom. Um Steuern zu sparen, schlug der Mann vor, nur einen Teil des Kaufpreises über den Notar und den Rest an der Steuer vorbei in Schweizer Franken bar abzuwickeln. Letztlich übergab sie ihm bei einem weiteren Treffen in Mailand 25.000 Euro, die er ihr mit 20 Prozent verzinsen sollte. Unter dem Anschein, das Geld prüfen zu lassen, verließ er das Restaurant und entwand mit ihm.

Zugegeben: Es sind Extrembeispiele, aber diese sind tatsächlich passiert. Man geht davon aus, dass sich Opfer bei kleineren, noch zu verkraftenden Verlusten, oft schämen, eine Anzeige bei der Polizei zu erstatten, weshalb ein größeres Dunkelfeld zu vermuten ist.

**KRIMINALITÄTSAUFKOMMEN IM LAND**  
**VERMÖGENS- UND FÄLSCHUNGSDELIKTE (MIT PROZENTANGABEN)**

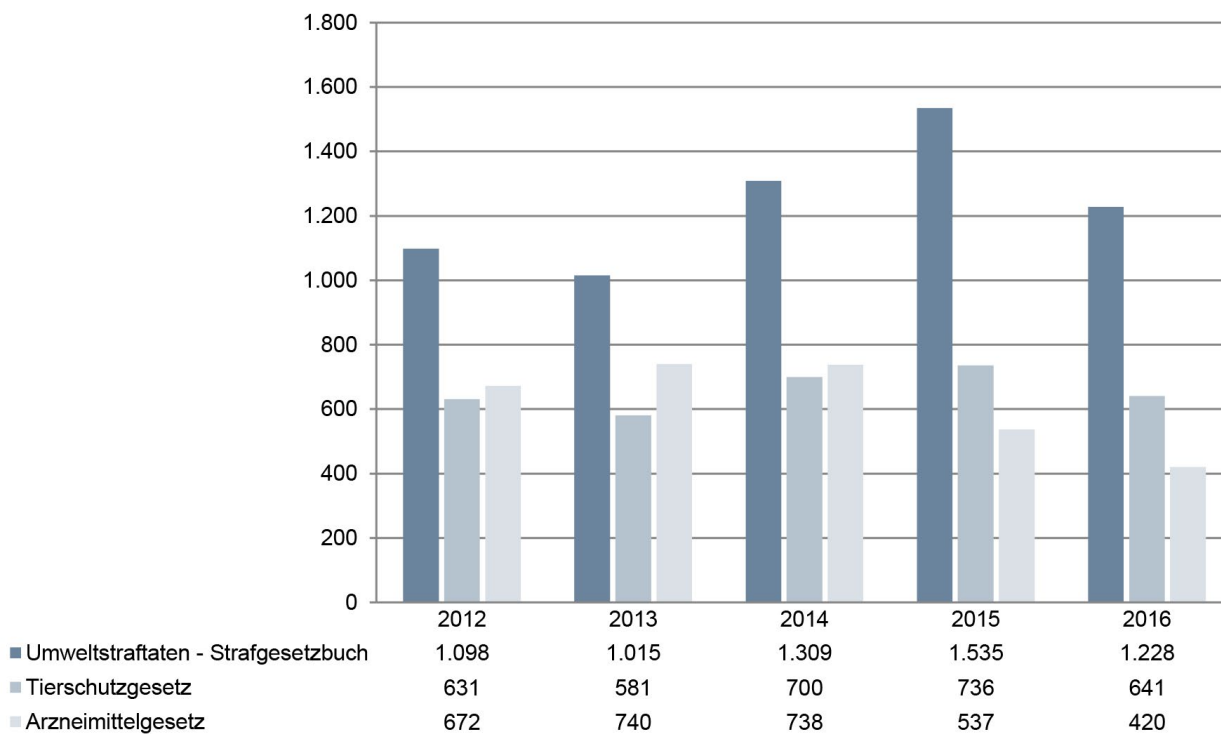


Geobasisdaten © LGL, www.lgl-bw.de





## UMWELTKRIMINALITÄT



Die Fallzahlen bei den strafgesetzbuchrelevanten Umweldelikten sowie das Fallzahlenaufkommen bei den Verstößen gegen das Tierschutzgesetz bewegen sich im üblichen Bereich der Schwankungsbreite im Fünfjahreszeitraum. Dahingegen ist bei den Verstößen gegen das Arzneimittelgesetz im Jahr 2016, bei insgesamt sehr geringen Fallzahlen, der niedrigste Stand im Betrachtungszeitraum festzustellen.



## 2 EINBLICKE IN DELIKTSBEREICHE

### RIP-DEAL

Der Begriff stammt aus dem Englischen (to rip = entreißen und deal = Geschäft). In den meisten Fällen ist damit kein Raubdelikt gemeint, wie aus der Übersetzung gefolgert werden könnte, sondern ein spezieller Trickbetrug. Häufiges Ziel der Täter ist es, durch ein betrügerisches Devisentauschgeschäft an Bares zu kommen.

Ins Blickfeld der Betrüger kann jeder gelangen, der eine Immobilienanzeige aufgibt oder eine Annonce zum Verkauf eines Fahrzeugs, von Schmuck oder Kunstgegenständen. Auch Geschäftsleute sind unter den Opfern. Ob es sich um ein Liefergeschäft oder um eine Geschäftsübernahme handelt, ist zweitrangig. Gezielt wird versucht, Bargeld wie beispielsweise die im Vorfeld vereinbarte Provision abzukassieren. Die Täter locken ihre Opfer ins Ausland – vornehmlich nach Norditalien, aber auch nach Frankreich, Spanien oder in die Türkei. Beim Treffen vor Ort zeigen sie nur wenig Interesse am Kaufobjekt. Sie lenken das Gespräch geschickt in Richtung Geldwechsel oder Bargeldtransaktion. In der Regel bieten die Betrüger

Euro im Tausch gegen Schweizer Franken an oder umgekehrt, vereinzelt auch US-Dollars. Manchmal geben sie vor, es handle sich um Schwarzgeld. Dem Geschäftsmann kann es passieren, dass er das Bargeld, das er den Tätern zur Prüfung übergibt, in Form von Spielgeld zurückbekommt und dass er den Betrug erst merkt, wenn sich sein Geschäftspartner aus dem Staube gemacht hat.

Im Jahr 2016 registrierte die Polizei in Baden-Württemberg acht Fälle mit einem Gesamtschaden in Höhe von 493.000 Euro, mehr als in den Jahren zuvor. Immer wieder werden der Polizei auch Versuchshandlungen von Betroffenen gemeldet, die misstrauisch wurden und entsprechende Einladungen ins Ausland abgelehnt haben. Die Polizei rät, von dubios erscheinenden Einladungen ins Ausland Abstand zu nehmen und - lieber einmal zu viel als einmal zu wenig - die Polizei zu verständigen.

Wie im folgenden Beispiel geschehen: Der Inhaber einer in Südbaden ansässigen Firma, spezialisiert auf Einbau und Wartung von Klimageräten, bekam Anfang 2016 bei einem Geschäftstermin in einem Restaurant in Mailand Zweifel an seinem Gegenüber. Eigentlich sollte es um die Lieferung von mehreren hundert Klimageräten für zwei Hotels in Slowenien gehen. Stattdessen versuchte ihn sein Geschäftspartner zu einem Geld-Tausch-Geschäft zu bewegen, was er strikt ablehnte.

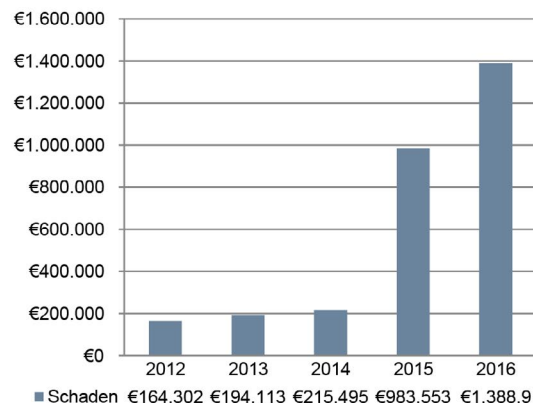
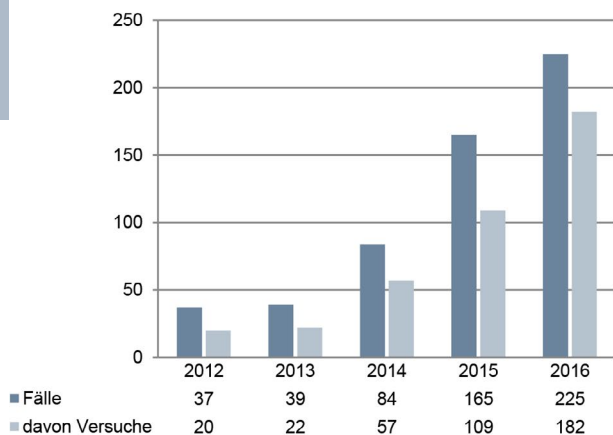
Schließlich vereinbarte man das Liefergeschäft. Der Geschäftspartner verlangte jetzt eine Provision in Höhe von 400.000 Euro für die Vermittlung der Geräte. Um sicherzustellen, ob das Geld auch vorhanden ist, sollte die Summe in der Hausbank des Firmeninhabers vorgezeigt werden. Anschließend werde ihm der Rechnungsbetrag (1,3 Millionen Euro) überwiesen. Zwei Tage später fand das Treffen statt. Inzwischen wurde die Polizei eingeschaltet. Den Geschäftspartner vertraten bei diesem Termin ein Mann und eine Frau

rumänischer Abstammung. Nach Unterzeichnung des Kaufvertrages bekamen die beiden das Geld zur Prüfung überreicht, das sie umgehend mittels einer sogenannten Diebesschürze gegen ein Paket mit Papierschnipsel austauschten. Kurz darauf wurden sie festgenommen.

Einzelne Fälle dieser Betrugsmasche werden immer wieder in den Medien berichtet, so dass von einem größeren Dunkelfeld auszugehen ist. Ursächlich hierfür dürften Schamgefühle bei den Betroffenen, Opfer dieser Betrugsmasche geworden zu sein, die unbegründete Angst, dass ihr Mitwirken als Tatbeteiligung an einer strafbaren Geldwäsche gewertet wird oder der Einsatz von unversteuertem Vermögen sein.

## FALSCHER POLIZEIBEAMTE NACH WIE VOR AKTIV

Im Jahr 2016 erreichte diese Betrugsmasche bislang ihren Höhepunkt. Ebenso der dadurch verursachte Vermögensschaden wie aus nachstehenden Tabellen hervorgeht:



Es fällt auf, dass die meisten Fälle im Versuchsstadium stecken bleiben. Die Täter lassen sich durch Misserfolge aber nicht abschrecken. Der Anstieg beim Vermögensschaden ist gravierend. Waren es im Jahr 2014 noch knapp 215.500 Euro, stieg der Schaden in 2015 um 356 Prozent auf 983.553 Euro und in 2016 um weitere 41 Prozent auf 1.388.984 Euro.

Die Täter geben sich am Telefon als Polizeibeamte aus und täuschen mit dem sogenannten CallID-Spoofing<sup>1</sup> vor, sie würden von der Notrufnummer 110 aus anrufen, häufig auch mit der örtlichen Vorwahl. So erschleichen sie sich das Vertrauen der Angerufenen. Mit geschickter Gesprächsführung erwecken die vermeintlichen Polizisten den Eindruck, die Angerufenen seien im Visier von Einbrechern, die es auf ihr Geld und ihre Wertgegenstände abgesehen haben. Die falschen Amtsträger gaukeln den Leuten außer-

dem vor, dass deren Wertsachen weder zu Hause noch auf der Bank sicher seien. Deshalb sollten die Opfer auch ihre Konten und Bankdepots leeren. Es wird ein Bote vorbeigeschickt, der das Geld und sämtliche Wertsachen abholt, um sie vermeintlich in Sicherheit zu bringen. Manchmal fordern die Betrüger ihre Opfer auch auf, ihr Geld mit einem Finanzdienstleister bar ins Ausland zu transferieren. Daneben existieren vielfältige Variationen.

Besonders dreiste Täter scheuen sich nicht, bei Polizeidienststellen anzurufen, um die bereits eingeleiteten Ermittlungen mit Hinweis auf eine hochgeheime Operation des BKA wieder zu stoppen. Es kann auch sein, dass sich ein Staatsanwalt meldet und man aufgefordert wird, wegen der Teilnahme an einem Gewinnspiel mehrere tausend Euro zu bezahlen. Eine ältere Dame fiel darauf herein, hob 3.600 Euro von ihrem Konto ab, um es bei der Post über Western Union in die Türkei zu transferieren. Der Postbedienstete, der Verdacht schöpfte, konnte dies verhindern, indem er sie auf den Betrug hinwies.

1) Die Anzeige der Rufnummer des Täters wird mittels Software manipuliert.

### FAKE-SHOPS HABEN KONJUNKTUR

Unter Fake-Shop versteht man eine gefälschte Internet Verkaufsplattform. Sie entspricht weitgehend dem Erscheinungsbild eines seriösen Onlineshops, mit der Ausnahme, dass häufig das Impressum nur unvollständig angegeben wird oder gänzlich fehlt. Die zu besonders günstigen Schnäppchen-Preisen angebotenen Produkte haben nur einen aber dafür ganz entscheidenden Haken: Sie existieren meist nicht.

Die Kunden bestellen die gewünschten Produkte online, bekommen diese aber in der Regel nicht geliefert oder nur deutlich minderwertige Ware. Oft sind die einzelnen Shops nur kurze Zeit online und werden dann durch die Betrüger wieder gelöscht.

Es sind kaum Informationen zur Identität des Unternehmens ersichtlich. Bezahlen können die Besteller oft nur per Vorkasse oder mit Kreditkarte. In den meisten Fällen agieren die Täter aus dem Ausland und lassen die Opfer ihr Geld auf ausländische Konten überweisen. Wird ein deutsches Empfängerkonto an die Käufer übermittelt, so wurde dieses meist mittels eines gefälschten Ausweisdokumentes eröffnet.

Fake-Shops bieten Waren aus verschiedenen Branchen an. Man kann dort Kleidung, Elektroartikel aber auch Haushaltsgeräte einkaufen. Je beliebter ein Produkt, desto höher steigt die Anzahl betrogener Kunden. Sehr begehrt und im Angebot besonders günstig sind Verkaufsschlager wie beispielsweise der Thermomix, der auf vielen Fake-Seiten angeboten und verkauft wird.

Bislang sind 54 Fake-Shops bekannt geworden, die dieses Gerät angeblich günstig liefern. Ein besonders aktiver Fake-Shop bietet Utensilien an, welche beim Outdoortrekking benötigt werden. Ihm fiel schon eine Vielzahl von Personen zum Opfer. In diesem Zusammenhang richten sich gegen den Shop-Inhaber, der in Baden-Württemberg wohnt, bereits mehrere hundert polizeiliche Ermittlungsverfahren.

### CEO FRAUD ODER AUCH FAKE PRESIDENT

Mit diesem Betrugsphänomen werden mittelständische Unternehmen seit mehr als zwei Jahren konfrontiert. Sensibilisierungsmaßnahmen der Polizei und Warnungen in Fachmedien zeigen zwar Erfolge, dennoch gelingt es den Tätern durch verstärkte Angriffe immer wieder, Firmen zu schädigen. Den Angriff planen sie professionell.

Wesentlich für einen erfolgversprechenden Versuch sind die Kenntnisse über Firmeninterna, Kontaktpersonen und Zuständigkeiten innerhalb der Abteilungen. Die Informationen verschaffen sie sich über das sogenannte Social Engineering. Dabei nutzen sie zum einen von Firmen oft arglos ins Internet oder in soziale Netzwerke eingestellte interne Daten aber auch gezielt Anrufe in Abteilungen der Finanzverwaltung und Buchhaltung unter Einsatz von Kundenlegenden. In einem günstigen Zeitfenster wird die Abwesenheit der Geschäftsführung (CEO) ausgenutzt und selbst die Rolle des Chefs eingenommen. Per E-Mail, unter gefälschten Absenderangaben, kontaktieren die Täter einen ausgesuchten Ansprechpartner.

Durch geschickte Gesprächsführung wird der Mitarbeiter in ein größeres Geschäftsanliegen wie zum Beispiel eine Firmenübernahme eingeweiht und zur Verschwiegenheit ermahnt. Zur Untermauerung der Seriosität lassen die Täter noch einen Rechtsanwalt, Vertreter einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder einen Mitarbeiter einer Behörde wie zum Beispiel der

BaFin mit der Kontaktperson in Verbindung treten. Durch authentisches und vertrauenswürdiges Auftreten gelingt es ihnen in einzelnen Fällen, die Kontaktpersonen zur Überweisung hoher Geldsummen auf Konten ins Ausland, vorwiegend China, Hong Kong, zu bewegen. Im Jahr 2016 fiel dem Betrugsphänomen ein Hersteller von Satellitentechnik im Großraum Stuttgart zum Opfer. Die so erbeutete Summe von 4,9 Millionen Euro wurde nach China überwiesen und konnte nicht zurückgeholt werden.

Insgesamt wurden im Jahr 2016 neun vollendete Taten registriert bei denen die Täter über 16,7 Millionen Euro ergaunerten. In insgesamt 108 Fällen versuchten sie, an über 57 Millionen Euro heranzukommen, was ihnen aufgrund aufmerksamer und sensibilisierter Mitarbeiter in den Firmen nicht gelang. Zur Eindämmung des CEO Fraud ist eine konsequente Sensibilisierung der Mitarbeiter von Unternehmen erforderlich. Insbesondere sollten Personen, welche zur Freigabe größerer Summen autorisiert sind, entsprechend geschult werden. Sensible Daten dürfen ohne Prüfung nicht an Dritte nach außen gegeben werden. Größere Zahlungsaufträge sollten direkt mit dem Vorgesetzten abgesprochen werden, auch wenn durch den vermeintlichen Vorgesetzten eine Kommunikation außerhalb des E-Mail-Verkehrs untersagt wird. Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg gab zu diesem Phänomen bereits mehrere Warnmeldungen heraus. Diese sind über das Internet abrufbar.

## **FALSCHGELD:**

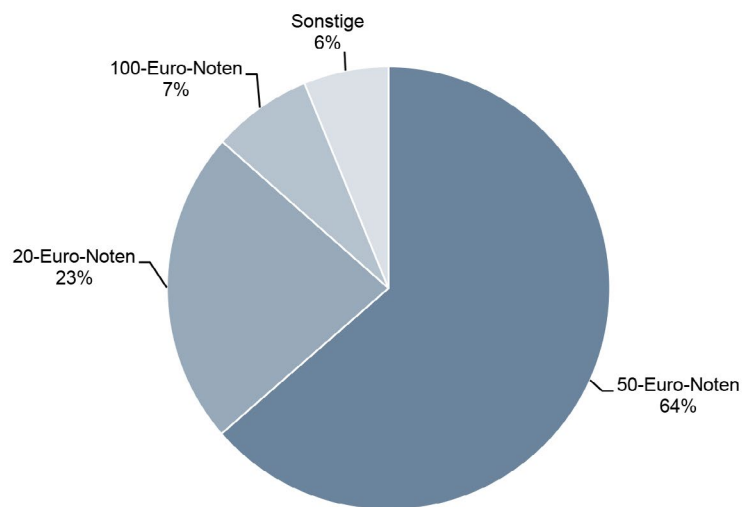
### **MEHR 50-EURO-FALSCHNOTEN**

Mit 14.888 Sicherstellungen gilt das Jahr 2015 bislang als Rekordjahr des Falschgeldaufkommens seit Einführung des Euro. Im Jahr 2016 wurden zwar 19 Prozent weniger Euro-Fälschungen angehalten – mit 12.024 sichergestellten Falschgeldnoten liegt das Aufkommen immer noch auf sehr hohem Niveau. Schließt man Fremdwährungen mit ein, erhöht sich die Anzahl auf über 12.300 Falschnoten.

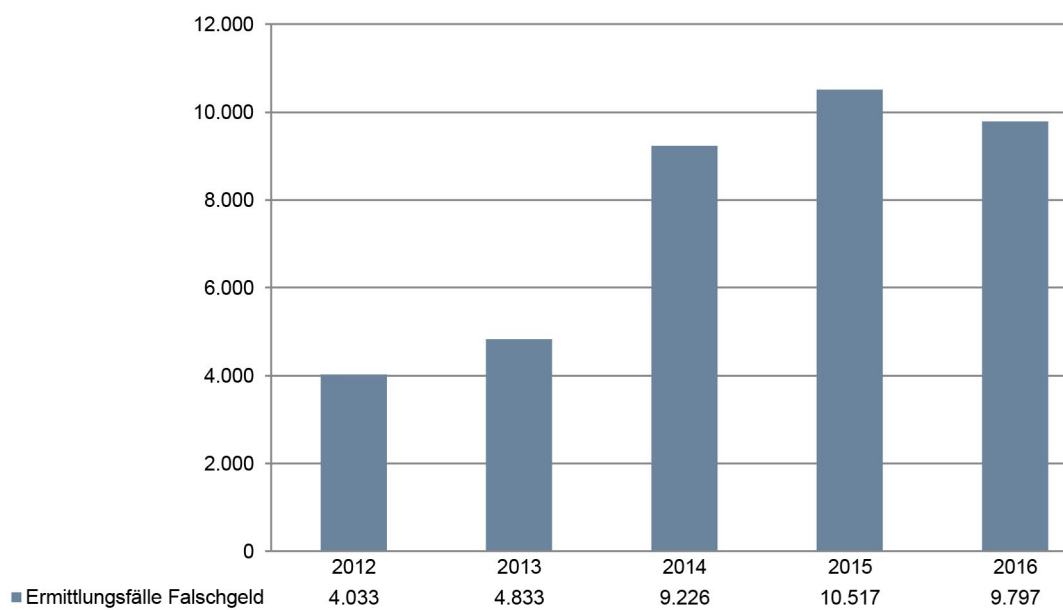
Baden-Württemberg verzeichnet im Jahr 2016 einen starken Anstieg der 50-Euro-Falschnoten um 11,8 Prozent. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil an 20-Euro-Falschnoten um 12,8 Prozent ebenfalls deutlich. Grund des Rückgangs ist die Einführung der neuen 20-Euro-Banknote der Europaserie im November 2015. Vertreter der Deutschen Bundesbank (Zentralbereich Bargeld) rechnen damit, dass mit der Ausgabe der neuen 50-Euro-Banknote ab dem 4. April 2017 auch die Anzahl der 50-Euro-Fälschungen zurückgedrängt werden kann. Und noch ein paar Zahlen in diesem Kontext: In 2016 wurden 9.797 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Davon alleine 9.678 Fälle im Zusammenhang mit Euro-Falschnoten, dabei konnten 262 Tatverdächtige identifiziert werden.



## EURO-FALSIFIKATE STÜCKELUNG



## ERMITTLUNGSFÄLLE FALSCHGELD







*Led Zeppelin, Rolling Stones, Beatles:  
Der Täter verstieß im großen Stil gegen das Urhebergesetz.*

### 3 FÄLLE IM FOKUS

#### STRAFTATEN GEGEN URHEBERRECHT:

##### RAUBKOPIEN UND BOOTLEGS

Es war die größte Sicherstellung illegaler Tonträger seit Jahrzehnten. Rund 1,5 Millionen illegal hergestellte Tonträger konnten sichergestellt werden. Die Festnahme eines 60 Jahre alten deutschen Tatverdächtigen aus dem Raum Esslingen und schätzungsweise 1,5 Millionen illegal hergestellter Tonträger zahlreicher namhafter Künstler und Bands wie Led Zeppelin, Rolling Stones oder Beatles: Das ist das vorläufige Ergebnis eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der gewerbsmäßigen unerlaubten Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke und anderer Delikte nach dem Urhebergesetz. Konkrete Hinweise einer Rechtsanwaltskanzlei, welche die Rechteinhaber vertritt, führten gegen Ende 2015 auf die Spur des Täters.

Im Januar 2016 durchsuchten Ermittlungsbeamte des Polizeipräsidiums Reutlingen die Räumlichkeiten des Beschuldigten und stießen dabei auf rund 3.000 Kartons mit illegal hergestellten CD's, DVD's und Vinyl-Schallplatten samt passenden Cover und Booklets. Aufgrund der sich abzeichnenden Dimension des Ermittlungsverfahrens hat das LKA BW im Februar

2016 die weiteren Ermittlungen übernommen. Bei anschließenden Durchsuchungen von Lagerhallen im Bereich Schwäbisch Hall und Göppingen und Presswerken in Deutschland und Polen stieß man auf weitere große Mengen an Raubkopien und Bootlegs. Polnische Strafverfolgungsbehörden unterstützten die Ermittlungsarbeit. So konnten insgesamt circa 8.000 Kartons im Gewicht von mehreren Tonnen mit illegalen Tonträgern (Schallplatten, CDs, DVDs) und Cover in den durchsuchten Lagerhallen beschlagnahmt werden.

Der Beschuldigte hatte die Tonträger auf CD-, Schallplattenbörsen sowie über das Internet im deutschen und europäischen Raum vertrieben. Mit dem Fall befasste sich beim LKA zwischenzeitlich eine sechsköpfige Ermittlungsgruppe.



### ANLAGEBETRÜGER ERGAUNERTE

#### 10,3 MILLIONEN EURO

Die zunehmende Bereitschaft von Anlegern, ihr Kapital in Fremdwährungen zu investieren, nutzte ein inzwischen 42-jähriger Beschuldigter, indem er auf der Webseite seiner Schweizer Firma die Vermittlung diverser Produkte und Dienstleistungen im sogenannten Foreign Exchange Market, dem Online-Devisenhandel anbot. Vermittelt werden sollte an ein auf Devisenhandel spezialisiertes Unternehmen mit Sitz in Panama, das vorgab, äußerst attraktive Renditen zu erzielen. Die Anleger wussten nicht, dass der Beschuldigte alleiniger Gesellschafter und faktischer Geschäftsführer auch dieses Unternehmens war.

Über 500 Anleger zahlten im Zeitraum von 2010 bis 2014 insgesamt 10,3 Millionen Euro auf Konten einer Bank auf St. Vincent and the Grenadines (Karibik) ein. Entgegen der ausgewiesenen Anlageform verwendete der Beschuldigte das Anlagekapital privat. Die Gelder leitete er auf Bankkonten und Schließfächer in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz. Rückzahlungen wurden nur geleistet, um das Schneeballsystem am Laufen zu halten.

Um aus dem Betrugsmodell auszusteigen und keinen Verdacht auf sich zu ziehen täuschte er einen sogenannten Margin Call vor. Das ist ein Begriff aus der Börsensprache und bezeichnet die Nachschusspflicht, die bei Verlust der festgelegten Mindestdeckungshöhe des Margin Accounts angefordert wird. Diese Pflicht dient dem Broker als Sicherheit, wenn die vorher geleisteten Einschüsse aufgebraucht sind.

Der Beschuldigte erklärte den Anlegern, ein Hackerangriff habe den Verlust des gesamten Anlagekapitals zur Folge gehabt und damit diesen Margin Call ausgelöst. Gegen ihn erging ein Haftbefehl. Darüber hinaus erreichte man über eingeleitete Maßnahmen der Vermögensabschöpfung die Sicherstellung von Vermögenswerten in Höhe von circa einer Million Euro, darunter Forderungen und Barmittel, Wertpapiere, Grundstücke und Gold. Der Beschuldigte wurde im Oktober 2016 vom Landgericht Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren und vier Monaten verurteilt.

## MARKTMANIPULATION DURCH SCALPING:

### GEZIELTE BEWERBUNG DURCH CALL-CENTER

Das LKA bearbeitet mehrere Ermittlungsverfahren in diesem speziellen Deliktsbereich, der für Manipulation von Börsenkursen steht. Das sind strafbare Handlungen nach dem Wertpapierhandelsgesetz. Das gezielte Bewerben ausgesuchter Aktien bewirkt eine erhöhte Nachfrage, die in relativ kurzer Zeit den Kurs der Aktie in die Höhe schnellen lässt. Diese wird von den Tätern ausgenutzt, um zuvor günstig erworbene Aktien schnell und gewinnbringend zu verkaufen. Als Folge dieser Aktion fallen in der Regel die Kurse stark ab.

Diese Art der illegalen Preistreiberei hat in der Regel zur Folge, dass Anleger, die den vermeintlich positiven Meldungen vertrauten und Aktien angekauft hatten, durch hohe Anlageverluste sozusagen skalpiert werden. Die Tätergruppierungen sind in der Regel bundesweit und international verflochten.

Ein typisches Verfahren richtete sich gegen insgesamt 17 Beschuldigte, darunter Mitarbeiter von Banken und Betreiber eines Call-Centers. Der Hauptbeschuldigte war Mehrheitseigentümer einer Gesellschaft mit Sitz in Schweden. Zur Manipulation des Aktienkurses schaltete man ein Call-Center in Nordrhein-Westfalen ein. Deren Mitarbeiter gelang es durch telefonische Bewerbung den Aktienkurs innerhalb eines halben Jahres in die Höhe zu treiben. Das Call-Center übte diese Rolle bei zwei weiteren Kursmanipulationen

aus, die inzwischen ebenfalls zum Gegenstand von Ermittlungsverfahren des LKA wurden. Nach dem Kursanstieg verkauften die Beschuldigten ihre Positionen mit einem Erlös von circa vier Millionen Euro. Die Verkäufe der Aktien erfolgten über einschlägige Banken in Frankfurt am Main und Stuttgart. Das Ermittlungsverfahren richtet sich auch gegen Händler der Banken.

Bereits im November 2015 wurden Wohnungen und Geschäftsräume in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und darüber hinaus in Schweden durchsucht. Dabei konnten in einem Bankschließfach, das die Betreiber des Call-Center konspirativ eingerichtet hatten, 318.000 Euro Bargeld sichergestellt werden. Die Beschuldigten gingen sehr professionell und arbeitsteilig vor. Es gibt umfangreiche Erkenntnisse über deren Beteiligung an weiteren einschlägigen Straftaten im In- und Ausland mit sehr hohen Vermögensschäden.

### **DÖNERSPIESSE: NICHT VERKEHRSFÄHIG**

Die Routinekontrolle einer Lebensmittelkontrollleurin brachte den Stein ins Rollen. Sie entnahm in dem fleischverarbeitenden, mittelständischen Unternehmen, spezialisiert auf die Produktion von Hackfleischdrehspießen (sogenannte Dönerspieße), amtliche Lebensmittelproben. Bereits bei der Betriebskontrolle kam der Verdacht auf, dass bei der Produktion Hähnchen-Separatorenfleisch<sup>2</sup> entgegen den lebensmittelrechtlichen Vorschriften verwendet wurde.

Das Polizeipräsidium Konstanz übernahm die weiteren Ermittlungen. Es folgten Durchsuchungsmaßnahmen sowohl im besagten Betrieb als auch bei dem niederländischen Lieferanten. Die Auswertung der sichergestellten Unterlagen erhärtete den Verdacht. Insgesamt ergaben die Ermittlungen, dass das Unternehmen von März bis Juni 2015 über 742 Tonnen Hackfleischdrehspieße verkaufte, in welche lebensmittelrechtlich unzulässig circa 113 Tonnen minderwertiges Separatorenfleisch eingearbeitet und verschwiegen wurde.

Abnehmer waren 169 Kunden, darunter Groß- und Zwischenhändler, aber auch Endverbraucher. Die Hackfleischdrehspieße hätten nicht verkauft werden dürfen, da sie wegen des Anteils an Separatorenfleisch insgesamt nicht verkehrsfähig waren. Es besteht der Verdacht eines Vergehens nach dem Lebens- und Futtermittelgesetzbuch. Weitere Ermittlungen wegen gewerbsmäßigen Betrugs wurden eingeleitet.

*2 Separatorenfleisch sind maschinell von Knochen gelöste Fleischteile, die nicht mehr als Muskelfleisch gelten und daher strengeren Verarbeitungsbestimmungen unterliegen.*

## RÜCKKEHR DES HEILIGEN JOHANNES

### NACH 37 JAHREN

Nach einem außergewöhnlichen Fahndungserfolg konnten Kunstfahnder des LKA in Zusammenarbeit mit Experten des LKA im Oktober 2016 eine gestohlene Heiligenfigur wieder an ihr ursprüngliches

Domizil zurück bringen. Die um 1500 geschaffene Holzskulptur des Heiligen Johannes Evangelista wurde in der Nacht zum 15. Dezember 1979 von unbekanntem Tätern aus der Weiler-

kirche in Haigerloch-Owiningen, Zollernalbkreis, gestohlen und war gut 35 Jahre lang verschollen. Auf die Spur brachte die LKA-Kunstfahnder ein Hinweis aus Bratislava im August 2014.

Die Heiligenfigur wurde auf einer Internet-Auktionsplattform angeboten und durch einen bayerischen Händler ins Ausland verkauft. Vertreter der Fachdienststelle des Bundeskriminalamts (BKA) und Restaurierungsexperten des Landesamtes für Denkmalpflege beim Regierungspräsidium Stuttgart kamen nach

eingehender Prüfung zum Ergebnis, dass es sich bei der angebotenen Figur mit Sicherheit um die damals entwendete Heiligenfigur handelt. Daraufhin beschlagnahmten Ermittler des LKA BW in enger Zusammenarbeit mit Kunstfahndern des Bayerischen Landeskriminalamts und slowakischen Behörden die Heiligenfigur in der Slowakei und führten sie in ihre Heimat nach Deutschland zurück.

Im Verlauf der weiteren Ermittlungen konnten die Verkaufswege zum Teil zurückverfolgt werden. Strafrechtlich kann man den Tätern allerdings nicht mehr beikommen. Der Diebstahl ist inzwischen verjährt. Die Ermittlungen wegen Verdachts der Hehlerei gegen die beteiligten Personen musste die Staatsanwaltschaft demzufolge einstellen. Im Jahr 2016 entschied das zuständige Gericht die Herausgabe der sichergestellten Heiligenfigur an die Kirchengemeinde in Haigerloch-Owiningen. Damit endete die Odyssee des Heiligen Johannes nach 37 Jahren in einer Feierstunde in der Weilerkirche in Haigerloch.





## IMPRESSUM

### WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

Jahresbericht 2016

### HERAUSGEBER

Landeskriminalamt Baden-Württemberg  
Taubenheimstraße 85  
70372 Stuttgart

Telefon 0711 5401-0

Fax 0711 5401-3355

E-Mail [Stuttgart.lka@polizei.bwl.de](mailto:Stuttgart.lka@polizei.bwl.de)

Internet [www.lka-bw.de](http://www.lka-bw.de)

## ANSPRECHPARTNER

### INSPEKTION 310

Siegfried Nannt

Telefon 0711 5401-2311

Fax 0711 5401-2315

E-Mail [stuttgart.lka.abt3.i310@polizei.bwl.de](mailto:stuttgart.lka.abt3.i310@polizei.bwl.de)



DAS LANDESKRIMINALAMT BADEN-WÜRTTEMBERG